

Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien

Ich darf Ihnen mitteilen, dass wir im Moment 35 Minuten hinter der Zeit sind.

Das Wort hat für die SPD-Fraktion Frau Emmerich-Kopatsch.

Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Den Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP will ich noch einmal verdeutlichen: Angesichts der ausstehenden Entscheidung des Staatsgerichtshofs zu Ihrem Haushalt in der kommenden Woche verzichtet die SPD-Fraktion vorerst auf titelscharfe Änderungsanträge im Haushalt auch zum Einzelplan 02.

(Heinz Rolfes [CDU]: Vorerst? Vorerst geht nicht! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Sie haben doch gar keinen Haushalt! Was regen Sie sich denn auf? - Das ist derzeit doch mehr ein virtuelles Gebilde.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Heinz Rolfes [CDU]: Reden Sie keinen Unsinn!)

Der Bereich Europa ist nicht so sehr von finanziellen Rahmen abhängig wie andere Ressorts. Europapolitik drückt sich vielmehr in den Inhalten und Aktivitäten aus - Aktivitäten, die wir bei dieser Landesregierung allerdings zum großen Teil vermissen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das europapolitische Konzept der Landesregierung wird überarbeitet und soll in der dritten Fassung vorliegen. Eine neue bunte Broschüre, die alle notwendigen täglichen Tätigkeiten der Häuser erfasst, ersetzt aber keine strategische Positionierung in der Europapolitik.

Werte Damen und Herren, die europäischen Themen, die zurzeit die Schlagzeilen beherrschen, sparten Sie bis vorhin vorsichtshalber aus, so ganz, als ginge es Niedersachsen nichts an. Sie duckten sich weg und versteckten sich hinter der Bundesregierung. Die gewinnt ja zurzeit auch keinen Blumentopf: Bankenkrise, Eurokrise, Staatsverschuldung, dauernd neue europäische Rettungsschirme, wöchentliche Krisengipfel. Die tägliche Schlagzeile der *BILD* „Rettet sie heute den

Euro?“ hat sich auch schon abgenutzt und kann immer wieder mit Nein beantwortet werden.

Sehr geehrter Herr McAllister, Ihr Beitrag vorhin war nicht einmal bedingt richtig. Von wegen, es gibt keine Transferunion! Tatsächlich haftet Deutschland schon jetzt mit 211 Milliarden Euro für den EFSF und indirekt für die Anleiheaufkäufe bei der EZB mit bislang rund 60 Milliarden Euro.

(Ministerpräsident David McAllister: Das reicht doch!)

Eine Neupositionierung Ihrer Politik ist überfällig. Spätestens heute müssen wir doch gemeinsam für die Schaffung etwa einer unabhängigen europäischen Ratingagentur eintreten. Was bildet sich Standard & Poor's eigentlich ein, eine Agentur, die Subprimes noch mit Triple-A bewertet hat und selbst ein Teil des Problems ist?

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Niedersachsen ist in besonderer Weise über seine starke Wirtschaft mit Europa verbunden. Aber, Herr McAllister, eine Kanzlerin, die eine Europapolitik betreibt, die bis heute viele Milliarden Euro verbrannt hat, hilft uns da nicht weiter. Schritte, die zur Eurorettung gedacht waren, sind immer besorgniserregend langsam, kommen regelmäßig zu spät und bleiben im Vagen, verfehlen aber regelmäßig ihr Ziel. Hinter dieser Politik stehen Sie von CDU und FDP auch in Niedersachsen.

Warren Buffett hat das einmal in Bezug auf die Finanzkrise wie folgt ausgedrückt: Erst bei Ebbe sieht man, wer ohne Badehose geschwommen ist. - Nun möchten wir uns das bei Ihnen lieber nicht bildlich vorstellen.

(Zuruf von der CDU: Warum eigentlich nicht?)

Wir möchten allerdings, dass Sie zu einer starken und seriösen Politik zurückkommen.

(Zuruf von der CDU: Das ist sexistisch!)

- Überhaupt nicht!

Selbst Herr Oettinger ist schockiert über die Politik der Bundeskanzlerin. Wenn Frau Merkel, wie Sie von CDU und FDP, aus ideologischen Gründen gegen Eurobonds ist - eigentlich sind Sie ja nur gegen das Wort -, so kann es sein, dass selbst dieser Schritt inzwischen zu spät kommen würde.

Herr McAllister, Sie haben vorhin höchstens die halbe Wahrheit gesagt. Die Finanzmärkte haben ihre eigenen Mechanismen entwickelt, um jeden Schritt zu ihrem eigenen Vorteil zu nutzen. Die Schwächen der Kanzlerin werden gnadenlos ausgemacht und tragen weiter dazu bei, dass nachträglich Abwehrmechanismen beschlossen werden müssen.

Die Wirklichkeit ist doch: Eine sichere Abschirmung der Eurozone ist nirgends in Sicht. Jetzt wird der ESM vorgezogen. Die Hebelung des EFSF hat nicht in dem angestrebten Maße funktioniert, und die langfristigen Anleihen der Bundesrepublik konnten nicht optimal platziert werden. Die Versorgung mit Dollars war in der vergangenen Woche schwierig. Banken parken ihr Geld inzwischen lieber bei der EZB, als es zu verleihen. Das alles trifft auch die Wirtschaft in Niedersachsen. Es sind schwierige Zeiten, und man muss jetzt handeln, um die Arbeitsplätze und die Wirtschaft bei uns zu schützen. Sollten die Zinsen massiv steigen, wird auch der Landeshaushalt betroffen sein. Risikoversorge hierfür gibt es nicht.

(Jens Nacke [CDU]: Ich denke, es gibt keinen!)

- Es gibt keinen Haushalt, also machen Sie auch keine Risikoversorge. Das ist folgerichtig.

(Jens Nacke [CDU]: Deshalb machen Sie keine Vorschläge!)

- Genau! - Wir könnten heute wetten, wie es weitergeht. Ich persönlich glaube, dass es auf lange Sicht ein Eingreifen der EZB geben wird, dass die EZB neue Aufgaben bekommt, die denen einer Staatsbank wie in England oder der Fed gleichkommen.

Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, setzen Sie sich im Bund endlich für eine umfassende Regulierung der Finanzmärkte ein! Wenn Frau Merkel und Herr Sarkozy Absprachen treffen, die die Parlamente nur noch nachvollziehen sollen, ist das nicht die Politik, die wir wollen.

Kolleginnen und Kollegen, wir wollen, dass der Wert der Arbeit an sich wieder in den Mittelpunkt gestellt wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen unseren Mittelstand und unsere Industrie davor schützen, dass ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für alle Fehler der entfesselten Finanzwelt haften sollen. Wir sollten ein Zeichen setzen, dass es nicht sein darf und nicht sein

kann, dass auf jeden mit echter Arbeit hart erarbeiteten Euro 10 Euro aus Spekulationsgeschäften kommen. Deshalb ist es überfällig, dass endlich eine zureichende Aufsicht auch über Hedgefonds und andere eingeführt wird sowie auch der graue Markt endlich streng beaufsichtigt wird - bei gleichen Eigenkapitalanforderungen, wie sie an unsere NORD/LB und die öffentlich-rechtlichen Banken gestellt werden - und dass als erster Schritt endlich die Finanztransaktionssteuer eingeführt wird.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, wir wollen nicht mehr, dass die Märkte die Politik treiben. Wir wollen wie alle Menschen in Europa die Sicherheit, dass wir auch in Zukunft einen Sozialstaat bezahlen können. Dafür ist es notwendig, dass es zukünftig klare Regeln gibt, die nicht mehr gemeinsam von der Bundesregierung mit den Chefs der großen Investment- und Geschäftsbanken ausgehandelt werden. Wir dürfen uns als Europäer und als überzeugte Europäer nicht mehr einfach gefallen lassen, dass es so dahinläuft.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Dafür habt ihr die richtigen Vorschläge?)

Denn hier in Niedersachsen geht es um Arbeit und um die Zukunft der Menschen vor Ort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bereich Europa spiegelt sich in vielen Bereichen der Landespolitik wider. Es geht um Standortbedingungen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung, um Arbeitsplätze, um die Interessen der niedersächsischen Industrie, um Arbeitnehmerrechte, um Bildung, Forschung, die Landwirtschaft und den Umweltschutz und nicht zuletzt um die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen in Niedersachsen. Um all die notwendigen Abstimmungen vorzunehmen, stehen u. a. die Landesvertretungen in Berlin und Brüssel zur Verfügung. Eventuell könnte man hier über personelle Verstärkungen nachdenken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Glück sind wir uns beim Volkswagengesetz darin einig, dass wir gemeinsam dazu stehen, dass an der Sperrminorität des Landes nicht gerüttelt werden darf. Wir brauchen das Volkswagengesetz. Es hat bisher die Arbeitsplätze bei uns gesichert.

Werte Kolleginnen und Kollegen, viel Geld gibt es in den EU-Struktur- und -Sozialfonds. Wir erwarten, dass die Pläne der Landesregierung für die Ausgestaltung der Programme der neuen Förderperiode besser mit dem Parlament abgestimmt

werden. Denn diese Förderperiode ab 2014 muss von einer neuen Landesregierung - ohne Sie - optimal bearbeitet werden.

(Beifall bei der SPD)

Die laufende Förderperiode hingegen haben Sie nicht optimal genutzt. Die Ziele von Wachstum, Beschäftigung und Innovation sind laut Ihrer eigenen Halbzeitbilanz nur sehr bedingt erreicht worden. Gerade bei höherwertigen Arbeitsplätzen, bei Innovationen in der Wirtschaft, bei der Zusammenarbeit von Hochschulen mit kleinen Betrieben, bei der Frauenerwerbsquote und vielem anderen mehr gibt es noch erhebliche Defizite.

Zudem ist die Mittelvergabe bei Ihnen extrem intransparent und auf zu viele Häuser verteilt. Dadurch ist es nicht gelungen, die notwendigen strukturellen Veränderungen im Land herbeizuführen. Wir wollen, dass sich das ändert.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen, dass mit dem Geld aus Europa eine wirkliche Verbesserung für die Regionen in Niedersachsen eintritt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein anderer Bereich, der sich im Haushaltsplan der Staatskanzlei wiederfindet, sind die internationalen Kontakte. Hier wäre es wünschenswert, einmal eine Auswertung und nicht nur eine Aufzählung der Aktivitäten zu sehen. Positiv hervorzuheben sind die beiden Haushaltsänderungsvorschläge der Regierungsfractionen zum einen für das STUBE-Projekt - das Studienbegleitprogramm des Kirchlichen Entwicklungsdienstes -, das mit 19 000 Euro unterstützt wird, und zum anderen für den VEN, den Verband der Entwicklungspolitik Niedersachsen, der nach vielen Jahren eine kleine Erhöhung seines Etats um 5 000 Euro für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Lande erhält. Die Arbeit des VEN sollte nach unserer Meinung unbedingt fortgesetzt werden. Sehr zufrieden sind wir auch mit der Arbeit des EIZ.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, bei der Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika - so die Auskunft der Staatskanzlei - besteht die Zusammenarbeit mit Eastern Cape in den Bereichen berufliche Bildung, Landwirtschaft, Sport und wissenschaftliche Zusammenarbeit. Neu hinzugekommen sind die Bereiche innere Sicherheit und Nutzung der regenerativen Energien. Die Zusammenarbeit mit Tansania besteht in den Bereichen Landwirtschaft, Sonderschulpädagogik, Studierendenaus-

tausch, Gesundheitsvorsorge, Bürgermedien und Einsatz regenerativer Energien.

Schaut man sich den finanziellen Rahmen an, der dafür zur Verfügung steht, kommt die Frage nach dem Sinn bezüglich der Vielzahl der Projekte auf. Ein Eurobetrag im unteren sechsstelligen Bereich, aufgesplittet in Projektmittel von 7 000 bis 10 000 Euro pro Projekt, ist weniger als ein Tropfen auf dem heißen Stein, kann bestenfalls kurzfristig etwas anstoßen, aber nicht nachhaltig wirken. Wie man mit derartig kargen Mitteln auf so vielen Feldern etwas bewegen will,

(Filiz Polat [GRÜNE]: Ideeller Wert!)

bleibt wohl für immer Ihr Geheimnis.

Ich danke Ihnen zunächst für Ihre Aufmerksamkeit. Zum Bereich „Medien“ spricht jetzt meine Kollegin Frau Behrens.

Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, wir haben vereinbart, dass wir zunächst einmal das Thema „Bundes- und Europaangelegenheiten“ abarbeiten. Das Thema „Medien“ ist etwas später dran. Deswegen kommt zunächst der Kollege Hogrefe für die CDU-Fraktion zu Wort.

Wilhelm Hogrefe (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nicht so sehr auf Einzelheiten eingehen, sondern in der mir eigenen Art auf politische Schwerpunkte im Bereich der Bundes- und Europapolitik.

(Beifall bei der CDU - Stefan Schostok [SPD]: Bitte nicht!)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Einzelplan 02, der Einzelplan der Staatskanzlei, zeichnet sich wie immer durch sparsame und effektive Haushaltsführung aus.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien sind wir uns weitgehend darin einig, dass die Bediensteten der Staatskanzlei mit großer Sachkunde und ganz besonderem Engagement die Interessen Niedersachsens gegenüber der EU und auch gegenüber Berlin vertreten. Ich darf daran erinnern, dass viele dort loyal arbeiten, so wie sie es auch unter früheren Regierungen